

Schon über 2500 Unterschriften gesammelt

Gemeindewohnungen auf Kasernengrund

Bis jetzt sind bereits 2500 Unterstützungserklärungen für die Petition „Gemeindewohnungen auf Kasernengrund“ bei der Grazer KPÖ eingelangt. Das ist ein Signal für die große Unterstützung dieser Forderung durch die Bevölkerung.

Wir brauchen mehr leistbare Gemeindewohnungen", so die Forderung der Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Diese sollen nun auf jenen Kasernengrundstücken entstehen,

die aufgelassen und verkauft werden. Eine entsprechende Petition an den Nationalrat, deren Erstunterzeichnerin die Wohnungsstadträtin ist, fordert den Bund auf, Kasernengrundstücke den

Gemeinden – so auch der Stadt Graz – zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

Elke Kahr: „Es ist wichtig, dass sich viele Menschen mit dieser Initiative solidarisieren. Der Bedarf an erschwinglichen Gemeindewohnungen steigt. Immer mehr Menschen können sich die steigenden Kosten auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht

Gemeinden wird das Bauland knapp. Das treibt die Kosten in die Höhe.

Nun könnten Teile der Kasernengrundstücke für die Errichtung von Gemeindewohnungen gesichert werden. Der Bund ist aufgefordert, seinem sozialen Auftrag nachzukommen und den Gemeinden geeignete Grundstücke zur Verfügung zu stellen“.

Unterstützen. Voraussetzung für den Bau von Gemeindewohnungen sind aber gewidmete Baugründe. Vor allem in größeren

Unterstützen für die Petition gibt es bei der Grazer KPÖ, Lagergasse 98a, und im KPÖ-Gemeinderatsklub im Grazer Rathaus. Sie können auch aus dem Internet unter <http://www.kpoe-graz.at> heruntergeladen werden. Eine Petition an den Nationalrat kann von allen Österreichern unterzeichnet werden. Unterschriften bitte an die steirische KPÖ, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.



Für neue Gemeindewohnungen auf Kasernengrund.

Graz braucht mehr Gemeindewohnungen. Packen wir's an!

Erreichbar auch für Behinderte

KPÖ-Gemeinderätin Kirsten Felbinger kämpft für behindertengerechtes Wohnsamt



foto furgler

Seit Jahren bemüht sich die KPÖ um ein behindertengerechtes Wohnsamt. Bei der letzten Sitzung des Gemeinderates nahm KPÖ-Gemeinderätin Kirsten Felbinger erneut einen Anlauf, stellte den Antrag nach einer Übersiedlung in behindertengerechte Räume. Bürgermeister Siegfried Nagl meinte selbst, dass das notwendig und überfällig sei. Nun muss sich weisen, wieviel Gewicht die Vorstellungen des Bürgermeisters haben.

EU-BRIEFKÄSTEN: Umrüstung ist Erhaltungsarbeit Mieter müssen nicht zahlen

Aufatmen für Bewohner von Gemeindewohnungen. Die müssen nicht mehr zahlen, wenn die neuen EU-Briefkästen kommen.

Wegen der Umstellung der Gemeindebauten auf die EU-Briefkästen werden die Vorschriften für die Mieter nicht erhöht. Diese gute Nachricht konnte Wohnungsstadträtin Elke Kahr im Gemeinderat verkünden. Weil die Umrüstung auf die neuen Briefkästen eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung darstellt, handelt es sich um Erhaltungs-

arbeiten. Die Kosten sind daher aus der Mietzinsreserve bzw. der Rücklage zu decken.

Forderung der EU

Die EU schreibt vor, bis 2009 die bisherigen Postkästen durch neue Hausbrieffachanlagen mit individuellen Einwurfschlitzen zu ersetzen, zu denen auch private Postdienste Zugang haben. Elke Kahr: „Ich persönlich meine, dass die Kosten der Umstellung diejenigen tragen sollen, die davon profitieren. Also die Werbeindustrie und die privaten, meist internationalen Zustell- bzw. Postdienste.“ Österreichweit machen die Kosten für die Umstellung

60 Millionen Euro aus. Übrigens ist es weiterhin erlaubt, die alten Hausbriefkästen der Post neben den „neuen“ Hausbrieffachanlagen hängen zu lassen.

Ein Vorteil, denn die neuen Hausbriefkästen sind beispielsweise so konstruiert, dass Sendungen wie Versandhauskataloge nicht eingeworfen werden können. Diese Poststücke müssen deshalb auf dem Postamt hinterlegt und abgeholt werden; ein großer Mehraufwand. Wenn nun die alten Hausbriefkästen nicht abmontiert werden und neben den neuen EU-Briefkästen bestehen bleiben, wäre allen gedient.